

MAGISTRATSDIREKTION DER STADT WIEN
ABGELEHNT
Eing.: 30. JUNI 2020
PGL-555477-2020-KVPIGAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätin Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 30.06.2020 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

betreffend Aufnahme Parameter „kulturelle Integration“ und „Politischer Islam“ in Integrationsmonitor

Unter dem Überbegriff politischer Islam versteht man ein grundlegendes Verhaltensmuster von Gruppen oder Organisationen, das in Verbindung mit Extremismus, Radikalisierung und Gewalt darauf abzielt, schrittweise die Systematik des Rechtsstaates und die damit geltenden Normen durch ein überlagertes System zu ersetzen. An der Stelle der rechtsstaatlichen Ordnung sollen bestimmte Vorstellungen oder Ideologien treten, die zumeist als absolut und religiös verstanden werden. Dies steht im Gegensatz zum westlichen Staats-, Demokratie-, und Rechtsverständnis. Es handelt sich hierbei nicht um eine Frage der Religionsfreiheit, die ein Grundrecht aller Menschen ist, sondern um die Frage des rechtsstaatlichen Grundverständnisses. Daher gilt es, derartige Entwicklungen und Verhaltensweisen wachsam zu verfolgen. Auch die Wiener Bevölkerung und Politik sind bereits mit Forderungen des politischen Islam konfrontiert. Dringend notwendig ist daher umfassende und kluge Aufklärung der Bevölkerung und besonders exponierter Personen wie Lehrer über Zielsetzung und Vorgehen des politischen Islam.

Wir sehen seit Jahren eine besorgniserregende Entwicklung in Wien, die sich unter anderem in Form von islamischen (teils islamistischen/salafistischen) Kindergärten, radikalen Moscheevereinen und zunehmender Radikalisierung in den Klassenzimmern zeigt (Kulturmampf). Dabei darf der politische Islam in Wien keinen Platz haben. Das jahrelange Wegschauen hat den Weg frei für die Entstehung von Parallelgesellschaften gemacht. Islamische Parallelgesellschaften dürfen in Wien keinen Platz haben, Wien darf nicht zum Zentrum des politischen Islam werden als das viele Experten auf dem Gebiet es sehen.

Klar in der Verantwortung ist hier die rot-grüne Stadtregierung. Rot-Grün muss dazu endlich aufhören, islamische Tendenzen für potentielle Wählerstimmen zu ignorieren. Angeführt sei hier exemplarisch als Beispiel die „Grauen Wölfe“. Ziel der Grauen Wölfe ist eine sich vom Balkan über Zentralasien bis ins chinesische Autonome Gebiet Xinjiang erstreckende Nation, die alle Turkvölker vereint, diese Ideologie wird auch als Panturkismus bezeichnet. Zentrum der von ihr beanspruchten Gemeinschaft aller Turkvölker ist eine starke, unabhängige und selbstbewusste Türkei.

Die gefertigte Gemeinderätin stellt daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat verurteilt alle Bestrebungen, die der Durchsetzung des politischen Islam dienen. Im Wiener Integrationsmonitor sind die Kapitel „kulturelle Integration“ und „Politischer Islam“ aufzunehmen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 30.06.2020

